



Datenschutzhinweise und Informationen gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
(Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten) – **Betreuungsbehörde des Westerwaldkreises** - Stand 09 2024

1. Bezeichnung der Datenverarbeitung	Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG)
2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	Kreisverwaltung des Westerwaldkreises vertreten durch den Landrat, Herrn Achim Schwickert Betreuungsbehörde Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur Tel.: 02602/124-346/341/343/324, Betreuungsbehoerde@westerwaldkreis.de
3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten	Behördliche Datenschutzbeauftragte der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises Frau Sabine Schulz-Lauth Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur Tel.: 02602/124-792 E-Mail: datenschutz@westerwaldkreis.de
4. Zweck der Datenverarbeitung	Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten dient der recht- und zweckmäßigen Erfüllung der dem Sachgebiet der Betreuungsbehörde des Westerwaldkreises obliegenden Mitwirkung im Rahmen der Entscheidung des Amtsgerichts/Betreuungsgerichts über die Bestellung eines Betreuers, die Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme oder eine andere betreuungsgerichtliche Maßnahme. Zudem erhebt und verarbeitet die Betreuungsbehörde als am Geschäftssitz des beruflichen Betreuers zuständige Stammbehörde die für dessen Registrierung erforderlichen personenbezogenen Daten.
5. Wesentliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung	Art. 6 Abs. 1 lit. c und e sowie Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO, § 3 LDSG RLP in Verbindung mit dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG), dem Landesgesetz zur Ausführung des Betreuungsrechts RLP, §§ 1814 ff BGB, dem §§ 271 ff FamFG/Landesgesetz zur Änderung betreuungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2022. In den Fällen, in denen die Datenverarbeitung nicht aufgrund einer gesetzlichen Grundlage erfolgt, erfolgt sie aufgrund einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a sowie Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.
6. Quelle der Daten	Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei dem/der Betroffenen zu erheben. Bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage oder Ihrer Einwilligung kann die Betreuungsbehörde personenbezogene Daten insbesondere bei Folgenden, anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen, erheben: <ul style="list-style-type: none"> • Angehörige • Betreuer/Bevollmächtigter • Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter) und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde) • Gerichte • Polizei- und Strafverfolgungsbehörden • Meldebehörden • Ärzten/Therapeuten • Pflegeheime/Krankenhäuser/Sozialstationen/Pflegedienste
7. Ggf. Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten	Ihre, jeweils für die Bearbeitung notwendigen, persönlichen Daten können je nach Zweck der Aufgaben der Betreuungsbehörde insbesondere an folgende Dritte übermittelt werden. Dies geschieht entweder aufgrund einer gesetzlichen Grundlage oder Ihrer Einwilligung: <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsgericht (Amtsgericht)/Landgericht • Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter) und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde) • Andere Gerichte • Polizei- und Strafverfolgungsbehörden • Das Ordnungsamt und andere Behörden der Gefahrenabwehr • Betreuer/Bevollmächtigte • Interne Weitergabe innerhalb des Westerwaldkreises, soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt. Sofern Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. "Auftragsverarbeitungsvertrages" beauftragt werden, erfolgt dies auf der Grundlage des Art. 28 DSGVO. Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland i.S. von Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO ist nicht beabsichtigt. Ebenso findet keine automatisierte Entscheidungsfindung, im Sinne des Art.22 DSGVO, statt.



8. Dauer der Speicherung	<p>Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Betreuungsbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung der eigenen Aufgaben nicht mehr benötigt werden und die rechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Die Aufbewahrungsfrist beträgt regelhaft 5 Jahre nach Abschluss des betreuungsgerichtlichen Verfahrens. Für eigene Behördenbetreuungen gilt eine Speicherfrist von 30 Jahren.</p> <p>Solange die Aufbewahrungsfrist noch nicht abgelaufen ist, besteht aufgrund Art. 17 Abs. 3 DSGVO kein Recht auf Löschung.</p>
9. Rechte der Betroffenen	<p>Betroffene Personen haben insbesondere folgende Rechte, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind bzw. diesen keine Ausnahmen aufgrund von spezialgesetzlichen Regelungen, in Verbindung mit Art.23 DSGVO, entgegenstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art.15: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Art. 7: Recht auf Widerruf einer Einwilligung • Art. 16: Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Art. 17: Recht auf Löschung (Vergessenwerden) • Art. 18: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung • Art. 20: Recht auf Datenübertragbarkeit • Art. 21: Recht auf Widerspruch wegen besonderer Umstände • Art. 77: Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde
10. Widerruf der Einwilligung	<p>Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt rechtmäßig. Einen Widerruf können Sie schriftlich, per E-Mail bzw. per Post an uns (siehe Kontaktdaten in Ziffer 2 oder 3 dieser Information) übermitteln.</p>
11. Zuständige Aufsichtsbehörde – Kontakt Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihre Person betreffender Daten datenschutzrechtlichen Vorschriften widersprechen, haben Sie neben der Möglichkeit, unsere Datenschutzbeauftragte anzusprechen, auch die Möglichkeit einer Beschwerde beim LfDI Rheinland-Pfalz als Aufsichtsbehörde:	<p>Landesbeauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) Rheinland-Pfalz Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz Postanschrift: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Postfach 30 40 55020 Mainz Telefon: 06131/8920-0, Fax: 06131/8920-299 Email: poststelle@datenschutz.rlp.de, Internet: www.datenschutz.rlp.de</p>
12. Notwendigkeit/Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person	<p>Beruhet die Bereitstellung der Daten nach Art. 13 Abs. 2 lit. c DSGVO auf Ihrer Einwilligung und Sie willigen nicht in die Bereitstellung ein, so kann die Betreuungsbehörde dem Betreuungsgericht unter <u>Umständen</u> nicht alle notwendigen Informationen zur Entscheidung über die Errichtung einer rechtlichen Betreuung oder eine Unterbringungsmaßnahme mitteilen bzw. andere Hilfen können nicht vermittelt werden.</p>